

„Einwanderung gesetzlich regeln“

Interview Nicht selten würden Menschen abgeschoben, die wertvoll wären für die deutsche Gesellschaft, sagt Barbara Bosch. Für solche Fälle brauche es eine Lösung.

STUTTGART. Nach sechs Jahren gibt die Reutlinger Oberbürgermeisterin Barbara Bosch ihr Amt als Präsidentin des baden-württembergischen Städtetags ab. Anfangs hatte die Schulpolitik von Grün-Rot sie in Atem gehalten, danach die Flüchtlingspolitik. Bosch findet: Der Staat und mit ihm die Städte und Gemeinden bewährten sich in der Flüchtlingskrise, von Staatsversagen könne keine Rede sein.

Frau Bosch, im wohlgeordneten Deutschland ist neuerdings viel von Staatsversagen die Rede. Die Kritik zielt auf die Asyl- und Migrationspolitik. Die Kommunen sind von dieser Politik unmittelbar betroffen. Können Sie ein Staatsversagen erkennen?

Die Antwort ist ein klares Nein. Wir wurden anfangs überrascht von der großen Zahl der Flüchtlinge. Das gilt für alle staatlichen Ebenen. Es gab Anfangsschwierigkeiten, es wurden auch Fehler gemacht. Aber Staatsversagen? Ganz im Gegenteil. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern haben wir die Flüchtlingsbetreuung gut hinbekommen. Bei uns stehen die Leute nicht auf der Straße oder kampieren in der Kälte. Das ist in den Städten und Gemeinden vor allem der kommunalen Selbstverwaltung zu verdanken – mit Bürgermeistern, die – anders als in zentralistisch organisierten Staaten – nicht warten, bis von oben Order und Mittel kommen, sondern mit ihren Gremien selbstständig handeln.

Waren und sind es nicht vielmehr die ehrenamtlichen Helfer, die mit einem bewundernswerten Engagement das Staatsversagen abwenden und nicht zuletzt den Kommunen aus der Patsche helfen?

Ja und nein. Das Lob für die Ehrenamtlichen kann gar nicht groß genug ausfallen. Da findet etwas statt, was ich so noch nicht erlebt habe. Ganz toll. Ein Staatsversagen ist doch nicht deshalb gegeben, weil sich Ehrenamtliche einschalten. Der Staat, die Bürgergesellschaft insbesondere, kann grundsätzlich und immer nur dann bestehen, wenn sich Menschen ehrenamtlich engagieren – beispielsweise die vielen ehrenamtlichen Helfern in der Pflege alter und kranker Menschen, bei den Rettungsdiensten oder in den Kirchengemeinden. Nun ist in einer besonderen Situation die Flüchtlingshilfe dazugekommen. Das ist Ausdruck einer lebendigen, wertegebundenen Bürgergesellschaft, kein Indiz für Staatsversagen.

Die Zuversicht, so viele Menschen integrieren zu können, sinkt. Immer häufiger wird ein Gefühl der Unsicherheit artikuliert. In Städten wie Mannheim ist von No-go-Areas die Rede. Rechtsfreie Räume sehe ich in Baden-Württemberg nicht. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Kollege Peter Kurz in Mannheim von No-go-Areas gesprochen hätte. Es gibt aber bei der Verteilung der Flüchtlinge Kulminationspunkte im Land, die Probleme machen können, gerade auch dort wo viele junge Männer unterwegs sind, oft unbegleitete Jugendliche, die aus patriarchalischen Strukturen kommen und in Deutschland den Eindruck gewinnen: anything goes.

Was ist zu tun, damit Integration gelingt?

Arbeit! Die Flüchtlinge brauchen Arbeit, um sich und ihre Familien selbst versorgen zu können. Das ist wichtig für das Selbstwertgefühl und schafft Andockstellen an unsere

Gesellschaft, beispielsweise durch den Kontakt mit Kollegen im Betrieb. Wer tagsüber arbeitet, will abends ins Bett und kommt weniger auf dumme Gedanken.

Geschieht da genug?

Nein. Dringend notwendig sind mehr Sprachkurse. Sie sollten von Anfang an angeboten werden, was aber nicht geschieht, es sei denn, Ehrenamtliche springen in die Bresche. Selbst wenn jemand das Land wieder verlassen muss, ist es kein Schaden, wenn er ein paar Brocken Deutsch gelernt hat. Das geschieht aber staatlicherseits erst, wenn eine Bleibeberechtigung in Aussicht ist. Es gibt nicht genügend Kurse, die Wartezeiten sind zu lang. Das liegt auch an den fehlenden Lehrkräften.

Wer muss handeln?

Wir werden mehr Bundesmittel für die Integration brauchen, Wolfgang Schäuble wird die Schatulle weiter öffnen müssen. Allerdings gilt es auch, die bereits in beträchtlicher Höhe bewilligten Mittel schnell und zielgerichtet einzusetzen, da sind auch die Länder gefordert.

Die andere Seite der Integration ist die Abschiebung derer, die keine Aussicht auf Asyl haben. Allerdings kann man den Eindruck gewinnen, dass in dem Bemühen, die Rückführungszahlen zu erhöhen, die Falschen abgeschoben werden: diejenigen, die Arbeit haben und integrationswillig sind. Derweil reisen Gefährder unbehelligt durch Deutschland.

Ich höre das immer wieder, und ich glaube, man kann dem nicht vollständig widersprechen. Wer Arbeit hat, ist für die Behörden greifbar. Im Moment wird sehr grundsätzlich verfahren. Wer ausreisepflichtig ist, muss das Land verlassen – auch als Signal an die anderen in den Herkunftsländern, dass sie sich nicht auch noch auf den Weg machen. Auf der anderen Seite müssen Menschen gehen, die in Pflegeheimen oder im Handwerk Arbeit gefunden haben und dort Lücken hinterlassen.

Das ist auch nicht im Interesse des Landes.

Wir benötigen dringend ein Einwanderungsgesetz. Ich bedaure zutiefst, dass wir das noch nicht haben. Das zeigt sich auch an dieser Stelle. Wir könnten diesen Menschen dann ganz anders begegnen. Wir brauchen Regelungen, dass diejenigen Menschen bleiben können, die wir auf dem Arbeitsmarkt benötigen und die sich um Integration bemühen.

Weshalb bedurfte es erst der Ankunft so vieler Flüchtlinge, dass das Thema bezahlbarer Wohnraum in der Politik ankam?

Das würde ich auch gern wissen. Der Städtetag fordert seit vielen Jahren mehr Engagement vor allem beim sozialen Wohnungsbau. Wir wurden nicht gehört. Dass sich jetzt was tut, ist dem Motiv entsprungen, der deutschen Aufnahmegesellschaft zu zeigen, dass man nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für die angestammte Bevölkerung etwas tut. Diese Motivation war vor den Flüchtlingen nicht erforderlich.

Ist dies ein Beispiel dafür, dass die etablierte Politik Teile der Gesellschaft tatsächlich aus dem Blick verloren hat? Jetzt, wo die Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland durch die Decke schießen, nimmt man das Problem plötzlich wahr.

Da ist schon was dran. Vor allem nahm die Landespolitik in der Vergangenheit die Wohnraumknappheit in den Städten nicht ausreichend wahr. Baden-Württemberg ist polyzentrisch, hier wird erfolgreich Politik für die Fläche gemacht, die Bedürfnisse der

urbanen Zentren aber werden häufig übersehen. Das änderte sich tendenziell 2011 mit der grün-roten Koalition, die bei Themen wie Kleinkindbetreuung oder Ganztagschulen mehr Gespür für die Lebensentwürfe in den Städten entwickelte. Beim Wohnungsbau sind inzwischen wichtige Forderungen des Städtetags in der Landespolitik angekommen. Zum Beispiel, Direktzuschüsse zu zahlen statt Kreditvergünstigungen zu geben oder ein einheitliches Förderprogramm zu entwickeln.

Das Gespräch führte Reiner Ruf.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.